

II- 2995 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH
 BUNDESMINISTERIUM
 FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ
 Zl. 50.004/28-4/0/1-73

XIII. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 11. September 1973
 Stubenring 1
 Telephon 57 56 55

1439 /A.B.
ZU 1450 /J.
Präs. am 20. Sep. 1973

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. KAUFMANN und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Beiräte, Kommissionen und Projektgruppen
 (Nr. 1450/J-NR/1973)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich folgende Fragen gerichtet:

"1. Welche der von Ihnen in der Anfragebeantwortung aus dem Jahre 1972 angeführten Projektgruppen, Beiräte und Kommissionen wurden seither aufgelöst

- a) wegen Abschluß der ihnen zugedachten Arbeiten ?
- b) aus welchen sonstigen Gründen ?

2. Zu welchen Ergebnissen führten die Arbeiten der von Ihnen damals angeführten Projektgruppen, Kommissionen und Beiräte ?

3. Welche Verwertung erfuhren die Arbeitsergebnisse der von Ihnen angeführten Projektgruppen, Kommissionen und Beiräte

- a) im Hinblick auf Ihre Gesetzesarbeit ?
- b) im Hinblick auf Ihre Budgetgestaltung 1973 und 1974 ?

4. Welche Beiräte, Projektgruppen, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüsse und sonstige Arbeitsgruppen be-

stehen in oder bei Ihrem Ministerium oder wurden seit der letzten Anfragebeantwortung errichtet, an denen auch Experten, Wissenschaftler oder sonstige Personen außerhalb Ihres Ressorts mitarbeiten ?

5. Mit welchen Aufgaben sind diese Beiräte usw. betraut ?

6. Welches Timing wurde diesen Gruppen hinsichtlich ihres Arbeitsablaufes vorgegeben bzw. welches Timing haben sich diese Gruppen selbst gesetzt ?

7. Welcher Budgetrahmen steht diesen Gruppen für ihre Arbeit zur Verfügung bzw. mit welcher Kostenhöhe wurden sie veranschlagt ?

8. Wie lauten die Namen jener Personen, die im Rahmen einer der angeführten Projektgruppen, Beiräte, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüsse und sonstigen Arbeitsgruppen mitarbeiteten oder seit Jänner 1972 mitgearbeitet haben, ohne Beamte Ihres Ressorts zu sein ?

9. Wie hoch ist die Entschädigung bzw. Entlohnung, die diese Personen auf ihre Mitarbeit beziehen oder bezogen haben; namentlich aufgeschlüsselt ?

10. Welche Enqueten wurden oder werden 1972 und 1973 von Ihnen abgehalten ?

11. Zu welchen Ergebnissen führten sie und wo finden diese Ergebnisse ihren Niederschlag, bzw. wie werden diese Ergebnisse weiterbehandelt ?

12. Welches Timing legen Sie den in diesen Enqueten behandelten Problemen zu ihrer Lösung zugrunde ?

13. Haben Sie - entsprechend der mit Nachdruck angekündigten Finanzplanung - auch Finanzierungspläne zu dem jeweiligen Problemkreis, der Gegenstand der Arbeit in den Projektgruppen, Beiräten, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüssen und sonstigen Arbeitsgruppen und Enqueten ist oder war, ausgearbeitet ?

- 2 -

14. Wenn ja, wie lauten diese ?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1.:

Von den in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 647/J-NR/1972 genannten Institutionen wurden seither keine aufgelöst.

Eine später geschaffene Kommission zur Festlegung der Suchtgift-Wochenration nach § 9a SGG. wurde wegen Abschluß der zugesuchten Arbeit aufgelöst.

Zu 2.: Der Beirat für Krankenpflegefragen hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz insbesondere bei der Neuordnung der Krankenpflegeausbildung beraten und Vorschläge zur Novellierung des Krankenpflegegesetzes und der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den Krankenpflegefachdienst und für die medizinisch-technischen Dienste unterbreitet.

Der Gemischte Ausschuß hat sich im Rahmen seiner Beratungen über Probleme der Neuordnung der Ärzteausbildung mit folgenden Fragen beschäftigt: erweiterte Zeugnisse für die Ausbildung zum praktischen Arzt und zum Facharzt (Katalog der Mindestausbildungserfordernisse), Entwurf für ein Ausbildungsprogramm für die Niederlassung als praktischer Arzt, "Facharzt für Kinderchirurgie", Ausbildung von ärztlichen Zytologen, weitere Fächer des Facharztes für nichtklinische Medizin, Probleme der Subspezialisierung, "Psychotherapie" als Zusatztitel zum Facharzt für Neurologie und Psychiatrie bzw. für Kinderheilkunde, Umbenennung des Facharztes für Zahnheilkunde in Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde. Es wurde ein detailliertes Merkblatt (Richtlinienkatalog) für die Ausfertigung des Zeugnisses (Beschreibung der Tätigkeit) über die Ausbildung zum Facharzt ausgearbeitet, das nach

Abschluß der Beratungen in die Novelle der Ärzteausbildungsordnung miteinbezogen werden wird.

Der Beirat zur Bekämpfung des Mißbrauches von Alkohol und anderen Suchtmitteln hat dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in den nachstehenden Angelegenheiten Vorschläge erstattet:

- a) Durchführung der Aufklärungswoche über den Alkoholmißbrauch 1972 und Vorbereitung der Aufklärungswoche 1973; Festlegung der Themen der Aufklärungswochen für die nächsten Jahre;
- b) Vorschläge zur Verdrängung der Werbung für Genußgifte in den Massenmedien;
- c) Organisation der Drogen-Enquête im April 1973;
- d) Beratung über die Kostentragung in Durchführung der §§ 9a und 9b der SGG-Novelle 1971;
- e) Begutachtung des Ankaufes von Aufklärungsfilmern und -material.

Das Interministerielle Komitee für Umweltschutz befaßte sich seit 1972 eingehend mit der Entschließung des Nationalrates vom 14. März 1972, insbesondere mit dem Begriff des wirkungsvollen Umweltschutzes und mit der Sammlung umweltrelevanter Rechtsvorschriften. Ferner wurde die Empfehlung über die Grenzwerte der zulässigen Lärmbelastung sowie die Empfehlung von Richtlinien zur Bestimmung von Luftverunreinigungen begutachtet und befürwortet. Das Interministerielle Komitee für Umweltschutz erleichtert durch seine Arbeiten die Vorbereitung und Koordinierung von Maßnahmen der einzelnen Ressorts auf dem Gebiet des Umweltschutzes, sowohl im Rahmen der Legislative als auch insbesondere im Rahmen der Vollziehung.

Der Wissenschaftliche Beirat für Umwelthygiene befaßte sich in den zuständigen Arbeitskreisen für Luft, Wasser, Lärm, Abfälle, Biologische Umwelt und Ölfeuerungen

- 3 -

und Rauchfangkehrer mit verschiedenen Fachproblemen dieser Sachgebiete. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden die fachlichen Grundlagen für die Empfehlungen meines Ressorts über die Grenzwerte der zulässigen Lärmbelastung sowie von Richtlinien zur Bestimmung von Luftverunreinigungen festgelegt. Im Wissenschaftlichen Beirat wurden auch Fragen der Förderung der Umweltforschung sowie der Grenzwerte für luftverunreinigende Stoffe in Österreich behandelt.

Zu 3.:

Die Arbeitsergebnisse des Beirates für Krankenpflegefragen wurden bei der Ausarbeitung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den orthoptischen Dienst, BGBL. Nr. 48/1972, sowie bei der Novelle zum Krankenpflegegesetz, BGBL. Nr. 197/1973, bereits verwertet bzw. werden bei der Novellierung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den Krankenpflegefachdienst und die medizinisch-technischen Dienste verwertet werden.

Aus den Bemühungen des Wissenschaftlichen Beirates für Umwelthygiene leiten sich die Aufgaben ab, die in den Bundesländern kompetenten Stellen bei den Luftqualitätsuntersuchungen durch Leihgaben von Meßgeräten zu unterstützen. Im Zuge dieser Maßnahmen ist in den Jahren 1972 und 1973 die Leihgabe von Luftqualitätsmeßgeräten in sämtlichen Bundesländern fortgesetzt worden und erforderte im Jahre 1972 einen Kostenaufwand von abgerundet S 10,000.000,-- im Jahre 1973 ist durch budgetmäßige Vorsorge dieselbe Summe sichergestellt worden.

Die unter Punkt 1 angeführte ad hoc-Kommission hat dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Vorschläge für die Festlegung der Wochenration nach § 9a SGG. erstattet, die von meinem Bundesministerium dem Bundesministerium für Justiz bekanntgegeben wurden.

Zu 4. und 5.:

Außer den bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 647/J-NR/1972 genannten Einrichtungen, deren Aufgabenbereich unverändert geblieben ist, bestehen beim Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz keine Institutionen, die nicht bereits hinsichtlich Bestand, Zusammensetzung und Aufgabenstellung zwingend gesetzlich festgelegt sind.

Die derzeit bestellte ad hoc - Kommission zur Durchführung des § 6 SGG ist mit der Beratung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz bei der Festlegung der Suchtgiftdosen zur Beurteilung von Verbrechen nach dem Suchtgiftgesetz betraut.

Zu 6.:

Das Timing setzen sich diese Gruppen selbst nach Maßgabe der Erfordernisse des jeweils behandelten Problemkreises, sodaß eine allgemeingültige Aussage diesbezüglich nicht getroffen werden kann.

Zu 7.:

Die Tätigkeit der Mitglieder der in Rede stehenden Gruppen ist ehrenamtlich.

Die für diese Gruppen erforderlichen Aufwendungen bestehen in dem Ersatz der Reisespesen und Übernachtungen für außerhalb Wiens wohnende Teilnehmer sowie in einem Entgelt bei der Erstellung von Sonderarbeiten. Die entsprechenden Ausgaben werden nach ihrer Notwendigkeit bei den auf Grund des Ansatz- und Kontenplanes zuzuordnenden Ausgabeposten, die im Rahmen des Gesamtbudgets des Ressorts dotiert werden, verrechnet.

Zu 8.:

Die Namen jener Personen, die im Rahmen des Beirates für Krankenpflegefragen, des Gemischten Ausschusses,

- 4 -

des Beirates zur Bekämpfung des Mißbrauches von Alkohol und anderen Suchtmitteln, des Wissenschaftlichen Beirates für Umwelthygiene und der Strahlenschutzkommision mitarbeiten, ohne Beamte des Ressorts zu sein, sind den Anhängen 1 bis 5 zu entnehmen.

Mitglieder der ad hoc-Kommission zur Durchführung des § 6 SGG, sind:

Univ.Prof. Dr. Cornelius KRYSPIN-EXNER,
Univ.Prof. Dr. Gottfried MACHATA und
Univ.Prof. Dr. Christoph STUMPF.

Zu 9.:

Wie bereits zu Punkt 7 ausgeführt, ist die Tätigkeit ehrenamtlich.

Zu 10.:

Im angeführten Zeitraum wurden folgende Enquêtes bzw. Symposien abgehalten:

13./14. Juni 1972: Symposium über Postpromotionelle ärztliche Ausbildung und amtsärztliche Ausbildung (in Zusammenarbeit mit der WHO).

23./24. Feber 1973: Symposium über Pflegedienst in Krankenanstalten.

25. Mai/13. Juni 1973: Expertentagung zur Ausarbeitung eines Programmes zur Erfassung von Risikokindern.

26. Mai 1973: Enquête über Probleme der Säuglingssterblichkeit.

Oktober 1972: Enquête über die Frage der Anhaltung psychisch gestörter Personen.

18. November 1972: Enquête "Die Geschlechtskrankheit und ihre Grenzgebiete".

24. März 1973: Symposium "Umweltschäden und Fertilität des Mannes" (Diagnose, Therapie und Prophylaxe).

25. Juni 1973: "Österreichischer Umweltschutztag"
in Anlehnung an eine ähnliche Veranstaltung der UNO im
weltweiten Maßstab.

Zu 11.:

Bei dem Symposium im Juni 1972 referierten und diskutierten Experten des In- und Auslandes über Probleme der postpromotionellen Aus- und Weiterbildung, der postpromotionellen Ärzteausbildung in Public Health, der Ausbildung im öffentlichen Gesundheitsdienst und des Instituts für öffentliches Gesundheitswesen. Die Ergebnisse wurden bei den weiteren Beratungen über die Neuordnung der Ärzteausbildung und bei der Errichtung des Bundesinstituts für Gesundheitswesen berücksichtigt.

Bei dem Symposium im Februar 1973 referierten Experten des In- und Auslandes über Erfahrungen in Theorie und Praxis der Krankenpflege in der BRD, über die Themen neue Ideen über den Krankenpflegeberuf in Großbritannien, Funktionsverteilung und Zusammenarbeit in der Krankenanstalt, Probleme des Personalmangels in den Krankenpflegeberufen unter besonderer Berücksichtigung der Frage der Wiedereingliederung ausgeschiedener Krankenpflegepersonen, Public Health Nursing in anderen Ländern, Konzeption des Krankenpflegefachdienstes und der medizinisch-technischen Dienste in der Zukunft, Organisation des Pflegedienstes unter Berücksichtigung der Ausbildungsqualität sowie Einrichtung einer Zwischenstufe zwischen Diplom- und Hilfskräften. Die Ergebnisse werden bei den Beratungen über Probleme des Krankenpflegeberufes berücksichtigt.

Als Grundlage für die Erfassung von Risikokindern wurde im Rahmen der Expertentagung am 25. Mai bzw. 13. Juni 1973 der Entwurf für einen Mutter-Kind-Paß ausgearbeitet. Auf Grund dieses Entwurfes wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz mit Beginn des Jahres 1974 den Mutter-Kind-Paß der Öffentlichkeit zugänglich machen.

- 5 -

Als Ergebnis der Enquête über Probleme der Säuglingssterblichkeit im Mai 1973 ist festzuhalten:

a) Intensivierung der Schwangerenbetreuung:

Die ärztliche Schwangerschaftskontrolle wird mit der Gewährung einer erhöhten Geburtenbeihilfe gekoppelt werden; zu diesem Zweck wird das Ressort einen Mutter-Kind-Paß herausgeben, der die Dokumentation der ärztlichen Schwangerschaftskontrollen erlaubt.

b) Intensivierung der Geburtsleitung:

Der Ausbau bzw. die Neuschaffung von geburthilflichen Abteilungen an den Krankenanstalten und in bestimmten Schwerpunkten die Errichtung von Intensiveinheiten für die Geburtshilfe.

c) Intensivierung der Neugeborenen- und Säuglingsbetreuung:

Die Einrichtung von Neonatologiezentren und die Verbesserung der Ausrüstung der Neugeborenen- und Säuglingsstationen wird wie in den Vorjahren fortgesetzt und intensiviert werden.

Auf Grund der Ergebnisse der Enquête über die Frage der Anhaltung psychisch gestörter Personen im Oktober 1972 wird derzeit von meinem Bundesministerium in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Justiz an einem Gesetzentwurf betreffend Anhaltebestimmungen des genannten Personenkreises gearbeitet.

Ziel der vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Ärztekammer und der Österreichischen Dermatologischen Gesellschaft abgehaltenen Enquête "Die Geschlechtskrankheit und ihre Grenzgebiete" war es, den interessierten Fachkreisen im Rahmen der Vorträge eine umfassende Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Epidemiologie, Klinik,

Laboratoriumsdiagnostik und Therapie der Geschlechtskrankheiten und gewisser anderer heute zunehmend an Bedeutung gewinnender entzündlicher Affektionen des Urogenitaltraktes zu vermitteln. Die Vorträge wurden in einem Sonderheft der "Mitteilungen der Österreichischen Sanitätsverwaltung" publiziert und unentgeltlich allen praktischen Ärzten sowie allen Dermatologen, Gynäkologen und Urologen übermittelt.

Ziel des vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Ärztekammer und dem Ludwig Boltzmann Institut für Andrologie veranstalteten Symposiums "Umweltschäden und Fertilität des Mannes" war es, den interessierten Fachkreisen im Rahmen von Vorträgen namhafter Experten des In- und Auslandes eine umfassende Information über dieses besonders aktuelle Thema, das in Österreich bisher in Form einer Fachveranstaltung größeren Ausmaßes noch nicht behandelt wurde, zu geben. Die Drucklegung der Referate dieses Symposiums ist bereits in die Wege geleitet und wird Gelegenheit geben, diese einem noch breiteren Personenkreis zugänglich machen zu können.

Der Österreichische Umweltschutztag sollte den Gedanken des Umweltschutzes in aller Öffentlichkeit in Erinnerung rufen.

Darüber hinaus sollte er neben einer Rückschau auf die bisherigen Aktivitäten des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz eine Vorschau bringen, wie die Zukunft des Umweltschutzes vom Standpunkt des Ressorts dankbar wäre. Der Öffentlichkeit wurde unter anderem eine mögliche Vorgangsweise in der Umweltschutzgesetzgebung, wonach mit einer Verfassungsänderung eine umfassende Bundeskompetenz vorgesehen sein soll, vorgestellt.

- 6 -

Zu 12.:

Bezüglich der in den Symposien bzw. Enquêtes behandelten Problemkreise ist hinsichtlich eines Timings grundsätzlich festzuhalten, daß unmittelbar nach Abklärung ihrer fachlichen Seite die entsprechenden Veranlassungen meines Ministeriums getroffen werden.

Die erforderlichen Maßnahmen bezüglich des beim Symposium über Probleme der Säuglingssterblichkeit behandelten Fragenkomplexes werden nach Maßgabe der vorhandenen Budgetmittel, sowie unter Berücksichtigung der damit im Zusammenhang stehenden personellen Probleme durchgeführt werden. Die wichtigsten Anschaffungen wurden noch in der ersten Hälfte dieses Jahres vorgenommen und werden auf Grund von Vereinbarungen mit den Ländern in der zweiten Hälfte des Jahres 1973 sowie im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Zu 13. und 14.:

Grundsätzlich ist zu bemerken, daß konkrete Finanzierungspläne erst dann sinnvoll ausgearbeitet werden können, wenn die fachliche Seite des betreffenden Problemkreises in ein entsprechendes Stadium getreten ist, so daß diese Fragen derzeit nicht abschließend beantwortet werden können.

Bezüglich Maßnahmen zur Senkung der Säuglingssterblichkeit wurden seitens des Ressorts Finanzierungspläne ausgearbeitet, die noch eingehender Besprechungen mit den Vertretern der Länder bedürfen, sodaß eine endgültige Fixierung derzeit nicht möglich ist.

Der Bundesminister:

W. Kessler

Anhang 1

Mitglieder des Beirates

Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst:
Min.Rat Dr.phil. Oskar Folkert

Vertreter des Bundesministeriums für Landesverteidigung:
Heeressanitätschef Generalarzt Dr. Johannes Schmid

Vertreter des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung:
Min.Rat Dr. jur. Wilhelm Drössler

Vertreter des Österreichischen Arbeiterschaftstages:
Dr. jur. Edith Krebs

Vertreter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes:

Dipl.med.-techn.Ass.Helga Hnidzo, Gew.d.Pri
vatangestellten
Dipl.KrkPfl. LdtagsAbg. Leo Bieder, Gew.d.öff.Bediensteten
Dipl.KrkPfl. Stadtrat Franz Zach, Gew.d.öff.Bediensteten
Dipl.KrkSr. Schuloberin Elfriede Engelbrechtmüller,
Gew.d.Gemeindebediensteten
Dipl.KrkSr.Oberschwester Leopoldine Frischmann,
Gew.d.Gemeindebediensteten
Dipl.KrkSr.Oberin Hermine Hartl,
Gew.d.Gemeindebediensteten
Dipl.KrkSr.Dipl.rad.-techn.Ass. Elfriede Hofbauer,
Gew.d.Gemeindebediensteten
Fachsekretär Walter Stastny, Gew.d.Bed.im Handel,
Transport und Verkehr

Vertreter des Österreichischen Krankenpflegeverbandes:

Dipl.KrkSr. Lehrberlin PflegefachObInsp. Elfriede Beran,
Dipl.KrkSr. Therese Bergmann
Dipl.KrkSr. w.Amtsrat Oberin Friederike Dittrich,
Bundesvorsitzende

Vertreter der Österreichischen Ärztekammer:

Prim. Dr. Kurt Stellamor

Vertreter der Bundesländer:

Landessanitätsdirektor w.Hofrat Dr. Herbert Olejinski
Landessanitätsdirektor w.Hofrat Dr. Gustav Mittelbach

Vertreter des Österreichischen Spitalerhalterverbandes:

w. Hofrat Dr. jur. Helmut Schneider
Senatsrat Dkfm. Dr. Josef Leodolter

Anhang

- 2 -

Vertreter des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger:

leit.Chefarzt MedR. Prim. Dr. Anton Bucher

Vertreter des Verbandes d. dipl.Assistenten f. physikal. Medizin Österreichs:

Dipl.Ass.f.physikal. Med. leit.LehrAss. Christa Brenner

Vertreter des Verbandes d.dipl.med.-tech.Assistentinnen Österreichs:

Dipl.med.techn.Ass. leit.LehrAss. Johanna Wimmer

Vertreter des Verbandes der dipl.rad.-techn.Assistentinnen und Assistenten Österreichs:

Dipl.rad.-techn.Ass. Ilse Dörner

Vertreter des Verbandes der dipl. Diätassistentinnen Österreichs:

Dipl.Diätass. leit. LehrAss. Ella Antonius

Vertreter des Verbandes der dipl. Beschäftigungs- und Arbeitstherapeuten Österreichs

Dipl.Besch.- und Arb.Therapeut Max Soucek

Dir. Dr. Heinrich Rode

Anhang 2Mitglieder des Gemischten
Ausschusses

Vertreter des Obersten Sanitätsrates:

Prof. Dr. L. Breitenecker
Prof. Dr. K. Fellinger
Prof. Dr. P. Fuchsig
Prof. Dr. A. Schneiderbaur

Vertreter der Österreichischen Ärztekammer:

Präs. Dr. Daume
Ldtg. Abg. Prim. Dr. Piaty, Präs.
Dr. Lechner, Präs.
MR Dr. Griesser, Präs.
MR Prim. Dr. St. Breyer, Vizepräs.
Dr. U. Gutmann, Vizepräs.
MR Dr. W. Brenner
OA. Dr. R. Kaiser
MR Dr. Voelkel
OA. Dr. Dittrich
Prim. Dr. Schobel
Kammeramtsdir. Hofrat Dr. Urbarz
Kammerdir. Dr. Harringer

Vertreter der Bundesländer:

w. Hofrat Dr. Grubmüller, LdssanDir.
w. Hofrat Dr. Mittelbach, LdssanDir.
w. Hofrat Dr. Olexinski, LdssanDir.
w. Hofrat DDr. Wildauer
Hofrat Dr. Hammer, GenSekr.d.Österr.Gemeindebundes
Hofrat Dr. Korn, Verbindungsstelle der Bundesländer

Anhang 3

Mitglieder des Beirates
zur Bekämpfung des Mißbrauches von Alkohol und anderen
Suchtmitteln

Univ. Prof. Dr. Peter Berner
Psychiatrische Universitätsklinik

Zentralsekretär Kurt Blümel
Kammer für Arbeiter und
Angestellte in Wien

w. Hofrat Dr. Kurt Braun
Landessanitätsdirektor
Amt der Burgenländischen
Landesregierung

Oberst-Intendant Dr. Josef Bystricky
Bundesministerium für Landesverteidigung

Dr. Eva Kubes
Amt der Nö. Landesregierung

Ministerialrat Dr. Adolf Krista
Bundesministerium für Inneres

Obersanitätsrat Dr. Gottfried Kriches
Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Univ. Prof. Dr. Cornelius Kryspin-Exner
Psychiatrische Universitätsklinik

Sektionsrat Dr. Günther Kunst
Bundesministerium für Justiz

Margarethe Lebmann
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Direktor Josef Macho
Caritas der Erzdiözese Wien

Anhang 3

Dr. Günter Pernhaupt
Psychiatrische Universitätsklinik

Univ. Doz. Dr. Heinrich Prokop
Amt der Tiroler Landesregierung

w. Hofrat Dr. Theodor Reichart
Amt der Vorarlberger Landesregierung

Obermedizinalrat Dr. Anton Rot
Arbeiter-Abstinentenbund

Obersanitätsrat Dr. Helmut Rotter
Landessanitätsdirektor
Amt der OÖ. Landesregierung

Dr. Peter Ruth
Präsidentenkonferenz der
Landwirtschaftskammern Österreichs

SR Dr. Heinrich Schwarz
Bundesministerium für Unterricht
und Kunst

Univ. Prof. Dr. Walter Spiel
Psychiatrische Universitätsklinik

Medizinalrat Dr. Fritz Spring
Amt der Salzburger Landesregierung

w. Hofrat Dr. Herbert Olejinski
Landessanitätsdirektor
Amt der Kärntner Landesregierung

Oberstudienrat Prof. Dr. Fritz Wolfram
Bund für alkoholfreie Jugenderziehung

Primarius Medizinalrat Dr. Anton Bucher
Chefarzt der Wiener Gebietskrankenkasse
für Arbeiter und Angestellte

Ober-Stadtphysikus Dr. Ermar Junker
Landessanitätsdirektor von Wien

Anhang 4Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates für UmwelthygieneVorsitzender:

o.Univ.Prof. Dr. Johannes Schedling
Institut für medizinische Physik der Univ.Wien

Mitglieder:

o.Univ.Prof. Dr. Heinz Flamm
Vorstand des Hygiene-Institutes der Univ.Wien

o.Univ.Prof. DDr. Manfred Haider
Leiter der Lehrkanzel für Umwelthygiene
(Institut für Hygiene der Univ.Wien)

o.Univ.Prof. Dr. Josef R. Möse
Vorstand des Hygiene-Institutes
der Universität Graz

o.Univ.Prof. Dr. A. Schinzel
Vorstand des Institutes für Hygiene
und Mikrobiologie der Univ. Innsbruck

o.Univ.Prof. Dr. Ferdinand Steinhauser
Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie
und Geodynamik

HS.Prof. Dr. Ing. Julius Kar
Vorstand des Institutes für Wasserwirtschaft
der Hochschule für Bodenkultur

a.Prof. Dr. Gertrud Pleskot
I. Zoologisches Institut der Univ.Wien

a. Univ.Prof. Dr. Othmar Preining
I. Physikalisches Institut der Univ.Wien

HS. Prof. Dr. Hermann Willinger
Institut für Bakt. und Tierhygiene,
Tierärztl. Hochschule Wien

Anhang 4

a.Univ.Prof. Dr. Gustav Wendelberger
Leiter des Österr.Inst. für Naturschutz und
Landschaftspflege

OMR. DDr. Josef Frenzel
Magistrat der Stadt Linz
Gesundheitsamt/Klimauntersuchung

Dr. med. Ingeborg Eichler
Direktor der Bundesstaatl. Anstalt
für experim.-pharmakologische und
balneolog. Untersuchungen

OSR Dipl.Ing. Franz Fischer
Chef der MA 48, Stadtreinigung

Anhang 5Mitglieder der Strahlenschutzkommission

Univ.Prof. Dr. Leopold Breitenecker
Vorstand des Institutes für gerichtliche
Medizin der Universität Wien

Univ.Prof. Dr. Engelbert Broda
Institut für Physikalische Chemie
der Universität Wien

Univ.Prof. Dr. Karl Heinz Kärcher
Vorstand der Strahlentherapeutischen
Klinik und des Institutes für klinische
Strahlenbiologie der Universität Wien

Univ.Prof. Dr. Berta Karlik
Vorstand des Institutes für
Radiumforschung und Kernphysik

Univ.Prof. Dr. Michael Higatsberger
Geschäftsführer der Österr.Studiengesellschaft
für Atomenergie

Dr. Ludwig Neubauer
Amtstierarzt der Stadt Wien

Hochsch.Doz. Univ.Doz. Dr.phil.Johann Hejtmanek
Experte auf dem Gebiet der Reaktortheorie,
Transporttheorie einschließlich Kritikalitäts-
fragen, Atominsttitut

Dipl.Ing. Dr.techn. Alfons Burtscher
Leiter des Reaktorinstitutes der
Österr. Studiengesellschaft für Atomenergie
(Reaktorführerschein)

Hochsch.Doz.Dr.phil. Erich Tschirf
Experte auf dem Gebiete des Strahlenschutzes,
Leiter der Strahlenschutzabteilung des Atom-
institutes der Österr.Hochschulen (Reaktorführerschein)

Anhang 5

Ti.ac. Prof. Dr.phil.Thomas Schönfeld
Experte auf dem Gebiete der Radiochemie am
Anorganisch-chemischen Institut der Univ.Wien

Univ.Prof. Dr.rer.nat.Dr.med. Felix Mainx
Vorstand des Institutes für Allgemeine
Biologie der Universität Wien

Dr.phil. Christoph Tritremmel
Leiter des Institutes für Strahlenschutz
der Österr. Studiengesellschaft für Atomenergie